

„Der Islam und der Westen - Die unabwendbare Konfrontation“

- von Stefan Schubert

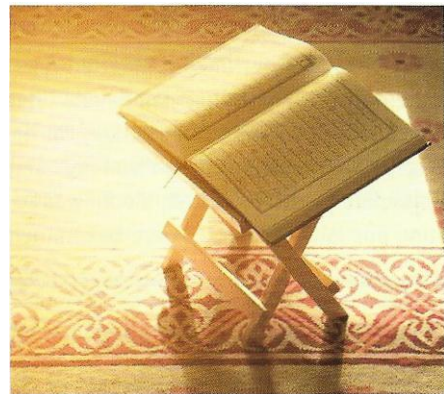
- Die Bundesregierung und ein Großteil der Medien lassen nichts unversucht, der eigenen Bevölkerung den Islam und die muslimische Masseneinwanderung als Kulturbereicherung zu verkaufen. Doch es wird immer deutlicher, dass Islam und Demokratie nicht vereinbar sind.

Dies behauptete nicht etwa ich, sondern mehrere großangelegte, seriöse Studien, die fern von jeglichem »Populismus-Verdacht« stehen. So wie die WZB-Studie von Professor Ruud Koopmans. Der Soziologe und Migrationsforscher lehrt am Institut für Sozialwissenschaften der Berliner Humboldt-Universität. Koopmans engagierte sich bei den niederländischen Grünen und bezeichnet sich selbst nach wie vor als Linken. In diesem speziellen Fall handelt es sich augenscheinlich um einen Linken, der seine Studien und Forschungsergebnisse nicht den Denkmustern der politischen Korrektheit unterwirft, sondern ergebnisoffen forscht. Offensichtlich ein »Einzelfall«, wenn Sie mir dieses Wortspiel nachsehen.

50 Millionen akzeptieren Gewalt

Die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) ist umso alarmierender. Zu der Frage, wie viel Brutalität und Gewalt im Islam steckt, kommt Koopmans zu einer erschreckenden Antwort.

»Die muslimische Bevölkerung weltweit wird auf 1,6 Milliarden Menschen geschätzt. Davon ist gut eine Milliarde volljährig. Die Hälfte davon hängt einem erzkonservativen Islam an, der wenig Wert auf die Rechte von Frauen, Homosexuellen und Andersgläubigen legt. Von diesen 500 Millionen sind mindestens 50 Millionen Muslime bereit, Gewalt zu akzeptieren, um den Islam zu verteidigen. Dass nicht jeder, der zu Gewalt bereit ist, diese auch direkt auslebt, ist klar. Aber die Bedrohung geht



auch von denen aus, die Radikale unterstützen, sie ermutigen, ihnen Unterschlupf bieten oder einfach den Mund halten, wenn sie Radikalisierung beobachten und Anschläge vermuten.«

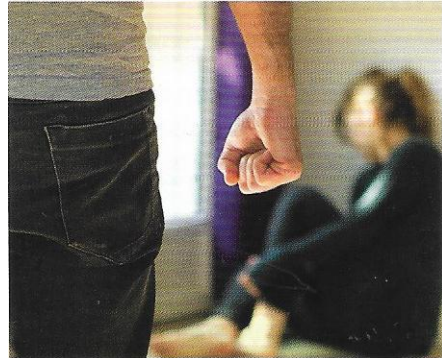
Man muss sich dies vergegenwärtigen: 50 Millionen Muslime sind bereit, die radikalsten und gewalttätigsten Muslime zu unterstützen. Diese Studie ist bei Weitem keine Einzelmeinung. In Deutschland wurden bei der Studie »Muslime in Deutschland« im Auftrag des Innenministeriums ähnliche Ergebnisse erzielt. Dort gaben acht Prozent der deutschen Muslime offen an, damit einverstanden zu sein, dass Gewalt gegen Ungläubige angewendet wird, wenn es der islamischen Gemeinschaft dienlich ist. Bei einer vergleichbaren Studie in den Niederlanden, »Salafisme in Nederland«, stimmten elf Prozent der Muslime einer islamisch gerechtfertigten Gewaltanwendung zu. Und

bei der Studie des amerikanischen *Pew Research Center* (Pew) sind es gar 14 Prozent der Muslime.

Erhebliche Dunkelziffer

Kritikern entgegnet Koopmans, dass sein Studienergebnis von 50 Millionen gewaltbereiten Muslimen eine sehr zurückhaltende Zahl sei. Auf Basis der Pew-Studie müsste man bereits von 140 Millionen radikalen und gewaltbereiten Muslimen ausgehen.

Hierbei wäre zudem eine nicht bekannte Dunkelziffer noch nicht einmal berücksichtigt, die diese Ideologie zwar teilen, sie aber nicht offen äußern. Kritikern, die dem grünen Linken nun ideologische Hetze vorwerfen, hält er einen Spiegel vor: *»Aber genauso ideologisch ist es, die Fakten zu Fundamentalismus sowie Gewaltakzeptanz unter Muslimen zu ignorieren und jene, die darüber berichten, als Islamophobe zu diffamieren.«*



Auch bezüglich der unkontrollierten Masseneinwanderung verfügt Koopmans über eine Meinung. Er bezeichnet Merkels Flüchtlingspolitik als »absolute Fehlleistung« und resümiert wie folgt:

- *»Durch die Einwanderung aus islamischen Ländern bekommen wir die Kollateralschäden der Kriege in der islamischen Welt auch im Westen zu spüren. Wir sollten deshalb viel vorsichtiger damit sein, jeden nach Europa kommen zu lassen. Das gilt insbesondere für Menschen, die ohne Ausweispapiere hierher kommen. Solange die Identität nicht geklärt ist, sollte niemand hineingelassen werden, sondern zunächst in Transitzonen gebracht werden.«*

Der Kölner Sex-Mob, der Sexualmord von Freiburg durch einen afghanischen Flüchtling sowie die islamistischen Terroranschläge von Würzburg, Ansbach und Berlin, alle diese Gewaltausbrüche, begangen durch muslimische »Flüchtlinge«, belegen diese Thesen.

Ditib betreibt offene Islamisierung

In Deutschland wird diese Situation durch eine sich ausbreitende islamistisch-fundamentalistische Entwicklung der drei Millionen Türkischstämmigen im Land drastisch verschärft. Allen voran die Ditib, der türkischislamische Dachverband, dem in Deutschland 900 Moscheen unterstellt sind, betreibt eine offene Islamisierung der hier lebenden Türken. Der Dachverband ist direkt der türkischen Religionsbehörde von Präsident Erdogan unterstellt. Und so sind auch die erschreckenden Ergebnisse einer Emnid-Umfrage vom Juni 2016 zu erklären. Demnach stimmt die Hälfte (47 Prozent) der hier lebenden türkischstämmigen Einwanderer folgender These zu:

- *»Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.«*

Scharia statt Grundgesetz, sagen über 1,5 Millionen Türken in Deutschland.

Jeder Dritte der über 3 Millionen Türkischstämmigen im Land verbirgt selbst seine *islamistisch-fundamentalistische Einstellung* nicht.

- *»Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des damaligen Propheten Mohammed anstreben«*
— diese Rückkehr in den *Steinzeit-Islamismus* unterstützen laut Emnid 32 Prozent der Befragten. Wohlgemerkt: von zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Türken.

Jüngere Moslems sind aggressiver

Die Islamisten sind also schon lange mitten unter uns. Zusätzlich sind jetzt bis zu 1,5 Millionen Moslems, vornehmlich junge Männer, unkontrolliert und illegal nach Deutschland eingereist. Gemäß Islamexperten tragen diese Männer den viel radikaleren und aggressiven arabischen Islam in sich: homophob, antisemitisch, frauenverachtend. Der Historiker *Michael Wolffsohn* erklärte den Anwesenden bei einem Talkshow-Auftritt bei *Maybrit Illner*, was die muslimische Einwanderung und deren hohe Geburtenrate bereits ausgelöst haben: *»Deutschland und Westeuropa sind schon ein Teil des Nahen Ostens geworden«*, damit auch all deren Konflikte. Auch wenn der Mainstream zurzeit noch erfolgreich eine breite gesellschaftliche Debatte über die Demokratiefähigkeit des Islams tabuisiert und verhindert, so wird doch mit jedem Terroranschlag, mit jedem Gewaltexzess diese Diskussion lauter werden.

Viele osteuropäische Staaten — und auch der Präsident der Vereinigten Staaten — haben dieses Problem bereits erkannt und ihre Schlüsse daraus gezogen. Die deutsche Bevölkerung ist dieser Entwicklung hingegen noch schutzlos ausgeliefert. Das kann sich kurzfristig wohl nur durch zwei Dinge ändern. Entweder durch Druck aus Washington von der neuen Regierung Trump. Oder durch den nahenden Termin für die Bundestagswahl im September dieses Jahres.

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 06/17